

1/2015
G7-GIPFEL
IN DEUTSCHLAND

**Kohle oder Klimaschutz,
das ist hier die Frage.** Seite 3

**Der Fall Huaraz: Saúl
gegen RWE.** Seite 5

Die G7 und der Welthunger.
Seite 8

EDITORIAL



Klaus Milke

Vorstandsvorsitzender
von Germanwatch

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein wichtiges politisches Jahr liegt vor uns. Der internationale Rahmen für Entwicklung und Umwelt wird neu gesetzt: beim **Gipfel für Entwicklungsfinanzierung** im Juli in Addis Abeba. Ende September beim Gipfel für **Globale Nachhaltigkeitsziele** bis 2030 in New York. Im Dezember beim **Klimagipfel** in Paris. Und gerade in diesem Jahr richtet Deutschland den **G7-Gipfel** aus. Er kann die Bereitschaft der größten Industrieländer zu konstruktiven Ergebnissen vorbereiten, hilfreiche Impulse setzen und glaubwürdige Pilotvorhaben voranbringen.

Beispiel Klimaschutz: 2007 in Heiligendamm gelang es der deutschen Kanzlerin, dem US-Präsidenten Bush das Ja zum Zwei-Grad-Limit als Gefahrengrenze für den Klimawandel abzurufen. Dieses Mal gilt es, das Limit in ein klares Signal für Investoren zu übersetzen: Bis 2050 werden die Industriestaaten aus fossilen Energien aussteigen.

Germanwatch hat in den letzten Monaten gegenüber den G7-Regierungen viele Impulse mit auf den Weg gebracht. Nun schauen wir insbesondere der deutschen Regierung auf die Finger, was sie daraus macht.

Klaus Milke
Vorstandsvorsitzender



Klar zur globalen Energiewende!

Der G7-Gipfel in Deutschland muss deutliche Signale setzen

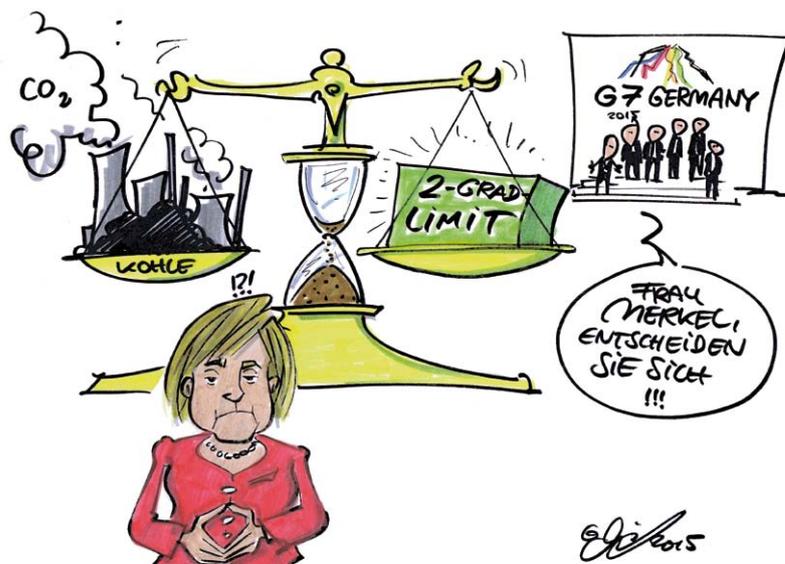


Illustration: Michael Hüter

2015 kann zum Wendepunkt für den globalen Klimaschutz werden. Schon seit 2012 steigen die globalen Emissionen langsamer, im Jahr 2014 sind zumindest die energiebedingten Emissionen nach den vorläufigen Zahlen der Internationalen Energieagentur IEA gar nicht mehr gestiegen. Und das erstmals in einem Jahr ohne globale Wirtschaftskrise. China, das in den letzten 15 Jahren den Emissionstrend der Welt maßgeblich beeinflusste, verbrannte im letzten Jahr erstmals weniger Kohle als im Vorjahr. Wind und Sonne werden derzeit in vielen Teilen der Welt im direkten Vergleich mit Kohlestrom wettbewerbsfähig. Entsprechend steigen die Investitionen in Erneuerbare Energien weltweit stark an. Im Jahr 2013 war global gegenüber 2007 bereits das Fünfzehnfache an Photovoltaik installiert. Der Klimagipfel von Paris im Dezember kann aus diesen Anzeichen einen formidablen Trend machen und ihn beschleunigen. Und der G7-Gipfel im Juni auf Schloss Elmau kann schon in wenigen Tagen zeigen, ob die reichsten und mächtigsten Industrieländer sich in diese Richtung bewegen.

Ein Großexperiment mit der Menschheit verhindern

Die Zeit drängt, um einen Klimawandel in unbewältigbarem Ausmaß noch zu vermeiden. Beim G8-Gipfel in Heiligendamm im Jahr 2007 hatte Kanzlerin Merkel dem damaligen US-Präsidenten Bush die Zustimmung zum

Zwei-Grad-Limit abgerufen. Um mehr dürfe die globale Durchschnittstemperatur gegenüber dem Beginn der Industrialisierung nicht steigen. Bei den Klimagipfeln in Kopenhagen 2009 und in Cancún 2010 hat die gesamte Staatengemeinschaft diese Obergrenze zur Gefahrenabwehr anerkannt. Viele der am stärksten betroffenen Staaten fordern aus gutem Grund sogar eine Obergrenze von 1,5 Grad. Doch bislang steuert die Welt auf eine deutlich stärkere Erwärmung zu.

Bei einem globalen Temperaturanstieg um mehr als etwa zwei Grad katapultiert sich die Menschheit aus der extrem stabilen Klimaperiode der letzten 10.000 Jahre, dem Holozän. Das stabile Klima dieses Erdzeitalters ermöglichte den Übergang zur Landwirtschaft und die Entwicklung aller menschlichen Hochkulturen. Eine stärkere Erwärmung kommt einem unkontrollierten Großexperiment mit der Menschheit gleich – mit unabsehbaren Folgen.

Soll ein Zwei-Grad-Pfad noch erreicht werden, bedarf es nicht nur eines wirksamen Abkommens in Paris, sondern vielfältiger Entscheidungen auf verschiedenen Ebenen – etwa gegen fossile Subventionen und für klare Rahmensetzungen insbesondere für Energieeffizienz und Erneuerbare Energien. Weltbank und Entwicklungsbanken sind hier ebenso in der Pflicht wie Exportkredit- und Ratingagenturen. Eine quicklebendige Zivilgesellschaft voller ▶

Ideen, Schwung und Rückgrat ist unerlässlich. In den nächsten Jahren muss die Kehrtwende gelingen, vom bisherigen Anstieg der globalen Emissionen hin zu ihrer regelmäßigen und deutlichen Verringerung.

Dass dies aber nicht durch schön klingende Ankündigungen zu erreichen ist, hat der letzte Bericht des Weltklimarats IPCC vorgerechnet. Die globalen Treibhausgasemissionen müssen vor Ende des Jahrhunderts auf null sinken, die Emissionen von Kohlendioxid noch früher. Der Ausstieg aus den fossilen Energien im Stromsektor muss schon bis Mitte des Jahrhunderts gelingen. Insbesondere durch die massiv verbesserte Wettbewerbsfähigkeit der Erneuerbaren Energien sind die Chancen dafür deutlich gestiegen – aber insgesamt immer noch bescheiden. Um diese Chancen zu nutzen, bedarf es nun des ernsthaften politischen Willens.

Klimapolitische Erwartungen an den G7-Gipfel

Macht der G7-Gipfel den Weg frei, damit in Paris der Ausstieg aus den fossilen Energien

bis Mitte des Jahrhunderts angekündigt werden kann? Dieses Signal entscheidet maßgeblich über den klimapolitischen Erfolg des G7-Gipfels. Untermuert werden sollte es durch konkrete Initiativen, die den beschleunigten Umstieg auf Erneuerbare Energien in Entwicklungsländern unterstützen.

Ein zweites Signal ist für die Vertrauensbildung zentral: Die G7-Staaten sollten sich zu ihrer Verantwortung bekennen, die Fähigkeit der ärmsten Entwicklungsländer und der besonders verletzlichen Bevölkerungsgruppen zu stärken, die Auswirkungen des Klimawandels zu bewältigen – von der Risikominimierung bis zur Bewältigung von dennoch auftretenden Schäden. Die geplante G7-Initiative für Klimaversicherung von verletzlichen Staaten und Menschen kann bei guter Ausgestaltung die Glaubwürdigkeit dieses Signals untermauern.

Als drittes Signal erwarten die Entwicklungsländer einen klaren Plan dafür, wie die Finanzzusagen eingehalten werden. In Kopenhagen hatten die Industrieländer 2009 zugesagt, dass bis 2020 die zusätzlich mobilisierten öffent-

lichen und privaten Gelder für Klimaschutz und -anpassung in Entwicklungsländern auf 100 Milliarden US-Dollar jährlich anwachsen sollen. Doch nicht nur die Klimafinanzierung, sondern alle globalen Investitionsflüsse müssen sich am Zwei-Grad-Limit ausrichten, wenn es eingehalten werden soll. Die Entwicklungsbanken der G7-Länder sind hier ganz besonders in der Pflicht, alle ihre mit Steuergeldern unterstützten Investitionen auch am Zwei-Grad-Limit zu orientieren. Durch diese drei Signale kann die G7 Schwung für einen erfolgreichen Klimagipfel in Paris erzeugen.

Glaubwürdig kann Deutschland aber eine klimapolitische Führungsrolle bei der G7 nur einnehmen, wenn es zugleich die notwendigen Maßnahmen umsetzt, damit das deutsche Klimaziel – 40 Prozent weniger Emissionen bis 2020 – nicht kippt. Das bedeutet insbesondere, die zugesagten Instrumente für weniger Kohlestrom und mehr Energieeffizienz durchzusetzen.

Christoph Bals & Lutz Weischer

Warum ich Germanwatch wichtig finde ...



Pascal Canfin

Seniorberater beim World Resources Institute und Ko-Vorsitzender der vom französischen Präsidenten Hollande eingerichteten Kommission für innovative Klimafinanzierung

Die Industrieländer müssen einen Plan entwickeln, die Klimafinanzierung bis zum Jahr 2020 auf 100 Milliarden US-Dollar jährlich anzuheben. Darüber hinaus müssen wir Billionen umschichten. Es gibt genug Kapital, um die Transformation zu einer klimakompatiblen Wirtschaft zu finanzieren. Die Herausforderung ist, es zu den richtigen Investitionen zu leiten und zugleich Anreize für CO₂-intensive Investitionen zu reduzieren. Sehr wichtig ist auch, die Anpassung der verletzlichsten Länder und Bevölkerungsgruppen an den Klimawandel zu finanzieren. Zu diesen Themen können die G7-Länder positive Signale setzen. Weil Germanwatch hier konkret ansetzt, schätze ich deren Arbeit im Kontext des G7-Gipfels sehr.

Zwei-Grad-Limit = Ende der fossilen Energien bis Mitte des Jahrhunderts

Der letzte Bericht des Weltklimarats IPCC 2014 zeigt auf, was erforderlich ist, um mit einer Wahrscheinlichkeit von mehr als 66 % den globalen Temperaturanstieg auf weniger als zwei Grad zu begrenzen: Ab dem Jahr 2011 dürfen weltweit insgesamt nur noch 1.000 Milliarden Tonnen Kohlendioxid (CO₂) ausgestoßen werden. Nur ein Bruchteil der bereits nachgewiesenen Kohle-, Erdöl- und Erdgasreserven darf verbrannt werden, der Großteil muss also unter der Erde bleiben. Der globale Ausstoß aller Treibhausgase muss bis 2100 auf null sinken. Noch schneller muss es beim CO₂ gehen, das vor allem bei der Verbrennung fossiler Energieträger entsteht. Die weltweiten CO₂-Emissionen müssen laut IPCC spätestens um das Jahr 2070 auf null sinken, die Weltwirtschaft muss bis dahin vollständig „dekarbonisiert“ sein. Im Elektrizitätssektor ist eine weitgehende Dekarbonisierung

sogar schon im Zeitraum zwischen 2040 und 2070 erforderlich. Die Industrieländer haben versprochen, voranzugehen, und sollten daher früher dekarbonisieren als andere.

Diese Berechnungen setzen ab der zweiten Hälfte des Jahrhunderts auf „negative Emissionen“, also die Entnahme von Treibhausgasen aus der Atmosphäre. Die dazu nötigen Technologien sind jedoch bislang nicht erprobt und mit vielfältigen Risiken verbunden. Um diese riskante Wette zu vermeiden, muss die Dekarbonisierung schneller erfolgen. Auch wenn das Zwei-Grad-Limit mit einer höheren Wahrscheinlichkeit als 66 % eingehalten oder die Erwärmung auf 1,5 Grad begrenzt werden soll, muss der Ausstieg aus den fossilen Energien noch früher geschafft sein.

Manfred Treber & Lutz Weischer

Kohle oder Klimaschutz, das ist hier die Frage

Mit dem Klimabeitrag die richtigen Investitionssignale geben

Die Bundesregierung muss sich entscheiden: Entweder kippt das deutsche Klimaziel – 40 Prozent weniger CO₂ bis 2020 gegenüber 1990 – oder sie muss die Verstromung von Braunkohle deutlich reduzieren.

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel hat daher Ende März ein Instrument vorgeschlagen, um den Strom aus den ältesten und emissionsintensivsten Braunkohlekraftwerken zu begrenzen. Um diesen sogenannten Klimabeitrag ist eine heftige Diskussion entbrannt. Kraftwerksbetreiber, Bundesländer mit hohem Kohle-Anteil, Gewerkschaften wie die IG BCE und Teile der CDU und SPD laufen Sturm dagegen.

Es ist schon erstaunlich. Diese 2007 beschlossenen Klimaschutzziele wurden von allen nachfolgenden Regierungen bestätigt. Wer den Dreisatz beherrscht, kann auf einem Bierdeckel ausrechnen, dass dies eine Reduktion der Kohleverstromung bedeutet. Viel Zeit also für Energieversorger, um ihre Geschäftsmodelle weiterzuentwickeln, für Bundes- und Landesregierungen, um den ökologischen Strukturwandel in den Regionen sozial zu flankieren, und für die Gewerkschaften, um den Prozess konstruktiv mitzugestalten.

Auf den zweiten Blick ist die Empörung nicht ganz so erstaunlich. Bei einer Politik, die Klimaschutzziele nur postuliert, die zulässt, dass ein Europäischer Emissionshandel voller Schlupflöcher keine Lenkungswirkung mehr entfaltet, fehlt das klare Investitionssignal.

Den Kurs neu ausrichten ...

Die große Koalition hat nach langer Diskussion angekündigt, damit Schluss zu machen. Sie hat am 3. Dezember 2014 mit dem Klimaschutzprogramm ein Maßnahmenbündel präsentiert. Dieses soll die hässliche (noch sehr optimistisch berechnete) Klimaschutzlücke von fünf bis acht Prozentpunkten bis 2020 sektorübergreifend schließen. Insbesondere bei der Energieeffizienz und im Bereich der Stromerzeugung klaffen die größten Lücken.

Gerade die ältesten, unflexibelsten, längst abgeschriebenen Braunkohlekraftwerke sind aufgrund hoher Gaspreise und niedriger Preise für CO₂-Zertifikate wieder rentabel. Sie pusten am meisten CO₂ pro Energieeinheit in die Luft, während teils nagelneue, deutlich emissionsärmere und flexiblere Gaskraftwerke eingemottet werden.

Der von Sigmar Gabriel vorgestellte Klimabeitrag sieht nun vor, dass Kraftwerke, die älter als 20 Jahre sind, Jahr für Jahr weniger CO₂ ausstoßen dürfen – oder eben eine Abgabe von rund 20 Euro pro zusätzlich ausgestoßener Tonne CO₂ zahlen müssen. Diese Zahlung soll in Form von stillzulegenden Emissionszertifikaten getätigt werden. Ohne diese clevere Regelung könnten in Deutschland eingesparte Emissionen im Rahmen des Emissionshandels in anderen EU-Staaten zusätzlich ausgestoßen werden. Obwohl technologieneutral, betrifft dieses Instrument

fast ausschließlich alte Braunkohleblöcke – also die größten Emittenten. Den restlichen Kraftwerken hilft es, wieder Geld zu verdienen.

... und dem Gegenwind standhalten

Die Braunkohlelobby stellt die Pläne als Angriff auf den Industriestandort Deutschland dar und warnt vor dem Verlust von 100.000 Arbeitsplätzen. Sie verschweigt, dass der Klimabeitrag nur für 10 Prozent der fossilen Kraftwerke relevant ist und in der *gesamten* Kohlewirtschaft gerade einmal 21.000 Beschäftigte arbeiten. Aber auch die Unterstützer melden sich zu Wort. Ende April zum Beispiel haben 75 Stadtwerke einen Brief an Sigmar Gabriel geschrieben, in dem sie die Klimaabgabe unterstützen.

Von der Standhaftigkeit der Bundesregierung hängt jetzt viel ab. Knickt sie vor der fossilen Lobby ein, wird Deutschland sein Klimaschutzziel verfehlen. Ohne ein wirksames Instrument zur Verringerung der Braunkohle verliert Deutschland seine Glaubwürdigkeit in den europäischen und internationalen Verhandlungen. Es würde zum Stubentiger des Klimaschutzes.

Tobias Pforte-von Randow

Eine ausführliche Analyse des Klimabeitrags von WWF und Germanwatch finden sie unter: www.germanwatch.org/de/10151



Vorstandsmitglied Sven Harmeling (links) und Teamleiter Lutz Weischer setzen ein Zeichen bei der Anti-Kohle-Kette am 25. April 2015 am Braunkohletagebau Garzweiler.

Versicherungen für die Verletzlichen

Über die Medien erfahren wir von verheerenden Wetterkatastrophen wie dem Zyklon Pam, der den Inselstaat Vanuatu verwüstete, oder der andauernden Dürre in Kalifornien. Über die schwere Dürre in Südafrika oder die heftigen Überschwemmungen in Malawi mit einer Viertel Million Flüchtlingen Anfang dieses Jahres erreichen uns jedoch nur wenige Informationen. Diese selektive Berichterstattung hat Konsequenzen für die betroffenen Menschen, denn ohne mediale Aufmerksamkeit lässt sich nur wenig internationale Solidarität organisieren. Schon länger gibt es daher – etwa bei den UN-Klimaverhandlungen – die Forderung nach automatisch greifenden Systemen, mit denen sich verletzte Länder und Bevölkerungsgruppen gegen die zunehmenden Wetterrisiken sowohl absichern als auch versichern können.

In den letzten Jahren entstanden interessante Beispiele solcher „Klimaversicherungen“. Über HARITA (Horn of Africa Risk Transfer for

Adaptation) können sich von Dürreerisiken betroffene Bauern in Äthiopien versichern und damit langfristig ihre Einkommenssicherheit und Lebensgrundlage verbessern. Die Versicherungsprämie können sie sowohl in bar als auch in Form einer „Arbeit-für-Versicherung“-Option bezahlen. Wählen die Bauern letztere, arbeiten sie „als Prämie“ an Gemeindeprojekten mit, die Risiken reduzieren, etwa indem sie Bodenbewirtschaftung oder Bewässerungssysteme verbessern.

Ein anderes Beispiel ist die *African Risk Capacity (ARC)*, in die sowohl afrikanische Länder als auch wichtige Geberländer, unter anderem Deutschland, einzahlen. Immer wieder konnte früher bei Dürren in afrikanischen Ländern nicht rechtzeitig oder nicht ausreichend Geld mobilisiert werden, um auf Hungerkatastrophen angemessen zu reagieren. Im Falle einer Dürre bezahlt jetzt diese Versicherung zweckgebunden und nach vorher ausgehandelten Plänen Nothilfemaßnahmen.

Durch den Klimawandel wachsen Zahl und Heftigkeit von Wetterkatastrophen. Damit steigt auch die Verantwortung der reichen Länder, die den Klimawandel maßgeblich verursacht haben. Diese müssen zum einen deutlich weniger Treibhausgase ausstoßen und zum anderen die betroffenen Länder und Menschen unterstützen, die Folgen des Klimawandels zu bewältigen. Im Rahmen der deutschen G7-Präsidentschaft plant die Bundesregierung nun eine Initiative für Klimaversicherung und hat bereits signalisiert, dafür zusätzlich 150 Mio. € für 2015 und 2016 bereitzustellen. Wenn sinnvolle Ansätze ausgewählt und gut in Anpassungsstrategien eingebettet werden, kann das ein guter Schritt sein, um Verantwortung für Wetterkatastrophen in Entwicklungsländern zu übernehmen.

Sönke Kreft & Laura Schäfer

Klimafinanzierung und G7: Mehr als Versprechungen

Ohne globale Kooperation lassen sich weder der notwendige Klimaschutz noch der Schutz vor den Konsequenzen des Klimawandels in ausreichendem Maß organisieren. Dazu gehört auch die finanzielle Unterstützung. Die Industrieländer haben in Kopenhagen im Jahr 2009 zugesagt, dafür ab 2020 jährlich zusätzlich 100 Milliarden US-Dollar an öffentlichen und privaten Geldern zu mobilisieren. Sechs Jahre später gibt es zwar Fortschritte: Einige Geberländer – auch Deutschland – haben in den vergangenen Jahren zusätzliches Geld bereitgestellt. Der Grüne Klimafonds ist startklar, mit 10 Milliarden US-Dollar ausgestattet und wird in diesem Jahr die ersten Projekte und Programme bewilligen können. Doch wie die 100 Milliarden erreicht werden sollen – aus welchen Quellen und mit welchem Zeitplan – ist weiter nicht geklärt. Zu Recht weisen KlimaverhandlerInnen aus Entwicklungsländern darauf hin, dass dies die Grundlage der notwendigen globalen Klima-Kooperation ist.

Als Zusammenschluss der größten Industrieländer spielen die G7 dabei die zentrale Rolle. Sie müssen beim Gipfel auf Schloss Elmau signalisieren, dass sie ihr Versprechen ernst meinen und noch vor dem Pariser Klimagipfel einen Plan vorlegen, wie sie die 100 Milliarden US-Dollar bis 2020 schrittweise erreichen und danach in stabiler Höhe weiterführen wollen. Innovative Finanzquellen wie die Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer sollten dabei eine Rolle spielen, weil sie zusätzliche Mittel darstellen, die nicht von jährlichen Haushaltsplänen abhängig sind.

Doch die 100 Milliarden sind nur ein Teil der Gleichung. Nicht nur manche, sondern alle globalen Investitionen müssen Zwei-Grad-kompatibel sein und zugleich so gestaltet werden, dass sie möglichst widerstandsfähig gegen die dennoch auftretenden Konsequenzen des Klimawandels sind. Die Entwicklungsbanken und andere Institutionen, die mit Steuergeldern ar-

beiten, sollten hier Vorreiter sein und ihr Geld nur noch entsprechend investieren – zum Beispiel ab sofort nicht mehr in Kohle. Bei der Klimafinanzierung geht es nicht nur darum, ausreichend Geld zu mobilisieren, sondern auch darum, wie damit vor Ort mehr Klimaschutz und bessere Widerstandsfähigkeit gegen die Konsequenzen des Klimawandels erreicht werden können. Dafür kommt es auf das Zusammenspiel von internationaler Finanzierung mit klaren Rahmenbedingungen auf allen Ebenen an. Gut gestaltete G7-Initiativen für Versicherungsschutz gegen Klimarisiken und zur Mobilisierung von privatem Kapital für Erneuerbare Energien in Entwicklungsländern könnten zeigen, wie dieses Zusammenspiel gelingen kann.

Lutz Weischer & Robert Sakofski

Klimaschutz mit Rückgrat und Weitsicht

Ein Betroffener nimmt sein Schicksal in die Hand



Mitte März dieses Jahres hat der peruanische Kleinbauer und Bergführer Saúl Luciano Lliuya ein Anforderungsschreiben an den deutschen Energiekonzern RWE geschickt, um sich und seine Stadt Huaraz gegen das massiv gestiegene Risiko einer Wasserflut aus dem Gletschensee Palcacocha zu schützen. Durch die klimabedingte Gletscherschmelze droht der Damm zu bersten, eine meterhohe Flutwelle würde sich ins Tal hinabwälzen und die Stadt begraben. Ungefähr 10- bis 20.000 Menschen sind bedroht. RWE allein hat seit Bestehen ein halbes Prozent zum globalen Klimawandel beigetragen, RWE soll ein halbes Prozent der notwendigen Schutzmaßnahmen bezahlen. Nachdem RWE ihm Anfang Mai mitteilte, keine juristische Anspruchsgrundlage für seine Forderung zu sehen, prüft Saúl Luciano eine zivilrechtliche Klage gegen den Konzern.

In ganz Lateinamerika berichten bedeutende Zeitungen und Fernsehsender über den Vorstoß des Peruaners. Der Guardian und die Süddeutsche Zeitung brachten große Artikel. Ein erfolgreicher Präzedenzfall vor Gericht käme einem Triumph von David über Goliath gleich. Schon jetzt gehen von diesem mutigen Schritt wichtige Signale aus in Richtung Paris, wo Ende dieses Jahres die entscheidende Weltklimakonferenz stattfindet. Müssen immer mehr Betroffene ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen oder gelingt es, ein umfassendes globales Klimaabkommen zu verabschieden?

Besuch vor Ort

Schon nach dem Klimagipfel in Lima Ende 2014 hatten sich Germanwatch-MitarbeiterInnen vor Ort mit Saúl Luciano getroffen. Im März war ich dann mit meiner Familie in den Hochanden der Cordillera Blanca und habe ihn und seine Familie in Huaraz besucht. Wir werden die intensiven Begegnungen so schnell

nicht vergessen; auch nicht die lange, für uns an die Grenzen gehende, siebenstündige Wanderung zum Gletschensee Palcacocha auf 4.800 Meter Höhe.

Saúl Luciano beobachtet als Bergführer sehr genau seine ökologische Mitwelt und ihre zum Teil rapiden und sichtbaren Veränderungen. Die Cordillera Blanca – „die weiße Gebirgskette“ – hat ihren Namen von den vielen Gletschern. Doch seit 1970 ist bereits mehr als ein Drittel der Eisdecke abgeschmolzen. Die weltweit führende wissenschaftliche Autorität in Klimafragen, der Weltklimarat IPCC, sieht eine klare Verbindung zwischen menschengemachtem Klimawandel und der Gletscherschmelze in den Anden.

Mich beeindruckt dieser mutige Peruaner sehr. Seine Ruhe und Nachdenklichkeit, sein Weitblick, seine Entschiedenheit und Klarheit. Dass er derjenige war, der gemeinsam mit seinem Umfeld von aufrechten und engagierten Menschen die Entschlossenheit zum Handeln hatte, ist ein Glücksfall für die Erfolgsaussichten des Anliegens – nämlich dazu beizutragen, den Einwohnern von Huaraz eine konkrete Bedrohung durch Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels zu nehmen. Saúl hat Germanwatch um Unterstützung gebeten – das bedeutet ein hohes Maß an Verantwortung für uns.

Die lokale Dimension

Der Vorstoß von Saúl Luciano hat vor Ort erwartungs-, aber auch sorgenvolle Debatten ausgelöst. Saúl Luciano drängt – neben der Prüfung einer Klage gegen RWE – auf kurzfristige Maßnahmen für ein funktionierendes Frühwarnsystem und Evakuierungspläne für das bedrohte Gebiet. Er fragt nicht nur nach

den Verursachern des Klimawandels, sondern auch nach der Verantwortung der Politiker und Autoritäten in der Region. Er hakt nach, was mit Geld aus dem Ausland vor Ort zum wirksamen Schutz getan würde, sofern RWE zahlen müsste.



Klaus Milke im Gespräch mit Saúl Luciano Lliuya.

Er diskutiert mit uns, wer welche Akzente für Bewusstseinsbildung vor Ort setzen kann. Dies sei unabdingbar, um Vertrauen aufzubauen. Er drängt darauf, dass die betroffenen Menschen in Huaraz über Schutzmaßnahmen und Geldverwendung mitbestimmen können.

Nach dem persönlichen Treffen ist es nun sehr hilfreich für den Fortschritt in der Sache, dass wir mit ihm in einem engen und kontinuierlichen Austausch stehen. Nur so können wir die lokalen Debatten verstehen und mit ihm sowie den örtlichen Instanzen die wirksamsten Schritte zum Schutz vor einer Katastrophe erörtern.

Klaus Milke

Weitere Infos:

www.germanwatch.org/de/der-fall-huaraz



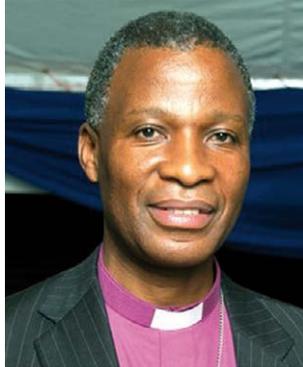
Die Besuchsgruppe mit peruanischen Bergführern auf ihrem Weg zum Gletschensee Palcacocha.

Ergreift diese einzigartige Chance!

Interview mit Dr. Thabo Cecil Makgoba, Erzbischof von Kapstadt und Klimabotschafter

Warum engagieren Sie sich als Erzbischof im Kampf gegen den Klimawandel?

Für mich als Pfarrer ist die Heilige Schrift die Basis meines Engagements und es steht geschrieben: „Tu deinen Mund auf für die Stummen“. Erhebe die Stimme für die Rechte der Armen und Bedürftigen. Diese Bibelstelle ist die Quelle meines Engagements. Und wir wissen, dass der Klimawandel die Armen und Verletzlichen trifft, besonders die Frauen. Klimawandel ist auch eine Frage von Moral und Gerechtigkeit. Deshalb habe ich mich gefreut, als die ACT Alliance mich zum Klimabotschafter ihrer Kampagne für Klimagerechtigkeit gemacht hat. Ich gebe meinen Namen sehr gern für dieses Anliegen.



Vor allem die größten Emittenten müssen ihre CO₂-Emissionen verringern. Die G20-Länder stehen für fast 80 Prozent der globalen Emissionen, während der Anteil Afrikas unter 5 Prozent liegt. Ich weiß, dass dies eine politische und auch wirtschaftliche Angelegenheit ist, und ich füge hinzu: es ist auch eine soziale, eine spirituelle und eine Gerechtigkeitsfrage. Wir müssen für unsere Umwelt, unseren Planeten – unseren Gastgeber – Sorge tra-

gen. Wir haben kein zweites Zuhause. Deshalb fordern wir die Regierungen dazu auf, mutig zu sein und die CO₂-Emissionen zu reduzieren. Mir ist bewusst, dass Paris nur ein weiterer Meilenstein ist auf dem langen Weg zu einer dekarbonisierten und klimaresilienten Zukunft. Aber Paris kann den Wendepunkt markieren für den Scheitelpunkt der Emissionen und ein neues Zeitalter. Dazu muss Paris ein regelgestütztes Klimaschutzabkommen bringen, das alle Länder in Verantwortung nimmt und die Hilfsbedürftigen unterstützt.

Was muss auf globaler Ebene getan werden, um die Verletzlichsten zu unterstützen und zu schützen?

Die Menschen in allen Teilen der Welt müssen zusammen handeln, und zwar jetzt. Wir müssen die Entscheidungsträger dazu bringen, zu einem gerechten Klima beizutragen und denen zu helfen, die leiden. Wir können nicht weiter nur mit dem Finger auf andere zeigen – wir tragen alle Verantwortung für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel. Die Gefährdeten verdienen unsere Unterstützung, um Risiken zu reduzieren – und um unvermeidbare Verluste zu kompensieren. Wenn Nationen von den Herausforderungen des Klimawandels überfordert sind – wie in vielen afrikanischen Ländern, aber auch in den kleinen Inselstaaten und den am wenigsten entwickelten Ländern –, hat die Staatengemeinschaft die moralische und politische Verantwortung, sie zu unterstützen. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir eine einzige Menschheitsfamilie sind – und dass wir die Klimakrise nur lösen können, wenn wir geschlossen zusammenstehen.

Andere Länder sind ihnen gefolgt. Dabei ist die Menschheit weit vorgestoßen und wir sind jetzt dabei, die Tragfähigkeitsgrenzen unseres Planeten Erde zu überschreiten. Nun liegt es in der Verantwortung der G7, den Weg zum Zeitalter der Nachhaltigkeit anzuführen, aus den fossilen Energien auszusteigen und den Zugang zu Erneuerbaren Energien für alle zu ermöglichen. Ich erwarte von den G7, dass sie handeln und sich ein mutiges Ziel zum Ausstieg aus der Kohle bis zur Mitte dieses Jahrhunderts setzen. Außerdem sollten sie sich zu Schritten verpflichten, um die Klimarisiken in den armen Ländern zu reduzieren.

Welche Rolle spielt Deutschland für mehr Klimagerechtigkeit?

Macht das Richtige, geht die notwendigen Schritte, um euer nationales Emissionsreduktionsziel von 40 Prozent bis 2020 zu erreichen – und helft uns, indem ihr eure Energiewende teilt! Wenn ihr die Energiewende hin zu 100 Prozent Erneuerbare Energien weiterführt, bringt ihr der Welt mehr Klimagerechtigkeit. Ergreift diese einzigartige Chance!

Interview: Lutz Weischer (Germanwatch) & Thomas Hirsch (Climate & Development Advice)

Was machen Glaubensgemeinschaften, um Klimagerechtigkeit einzufordern?

Glaubensgemeinschaften bringen viele verschiedene Menschen zusammen, die ihre Geschichten darüber teilen, wie der Klimawandel sie trifft. Sie erkennen, was getan werden muss, und behalten das langfristige Ziel im Auge. Sie bringen Bischöfe aus der ganzen Welt und somit auch verschiedene Perspektiven zusammen, sodass wir gemeinsam handeln und schließlich das Blatt wenden können.

Wie wirkt sich der Klimawandel in Afrika aus?

Afrika ist am härtesten durch den Klimawandel betroffen – und am schlechtesten darauf vorbereitet. Das macht uns verletzlich und verwandelt Klimarisiken in Katastrophen. Das Horn von Afrika leidet unter zunehmenden Dürren. Während es früher etwa alle sieben Jahre eine Dürre gab, werden Länder wie Äthiopien und Kenia heute jedes dritte oder sogar jedes zweite Jahr von Dürren heimgesucht. Selbst in den weniger dürrgefährdeten Gebieten klagen unsere Bauern, dass die Regenzeit viel schlechter vorhersagbar ist und die Hitzewellen intensiver sind. Das bedroht unsere Ernährungssicherheit.

Was sind Ihre Erwartungen an den Klimagipfel in Paris Ende des Jahres?

Zunächst einmal müssen alle Regierungen mutig sein und entschieden ihre Verpflichtungen zur Reduzierung der CO₂-Emissionen vorlegen.

Was ist die Rolle der G7? Welche Signale wünschen Sie sich vom G7-Gipfel im Juni?

Die G7-Länder haben das fossile Zeitalter mit der industriellen Revolution angestoßen und ihren enormen Wohlstand darauf gegründet.

Dr. Thabo Cecil Makgoba ist Erzbischof von Kapstadt und Primas der Anglikanischen Kirche des südlichen Afrikas. Er ist Klimabotschafter für die Kampagne für Klimagerechtigkeit der ACT Alliance.

Das internationale kirchliche Netzwerk ACT Alliance ist weltweit eines der größten Bündnisse für humanitäre Arbeit und Entwicklungshilfe. Es ist im Fall von Katastrophen, Entwicklungsfragen und Lobbyarbeit auf der ganzen Welt aktiv und bietet den von Not, Armut oder Ungerechtigkeit Betroffenen nachhaltige Hilfe. Der Kampf gegen den Klimawandel ist ein Schwerpunkt der ACT Alliance, die derzeit eine globale Kampagne für Klimagerechtigkeit durchführt.

Website: www.actalliance.org

G7 setzt auf freiwillige Schritte für menschenwürdige Arbeit

Soziale und ökologische Standards in globalen Lieferketten sind ein Schwerpunkt der deutschen G7-Präsidentschaft. Die Bundesregierung hat dazu bereits sechs gewünschte Arbeitsergebnisse formuliert, unter anderem einen Fonds einzurichten, der sicherstellen soll, dass Arbeitsunfälle vermieden werden; Beschwerdemechanismen für ArbeitnehmerInnen in Produktionsländern zu verbessern; mehr Transparenz für VerbraucherInnen durch Prüfen und Empfehlen von Nachhaltigkeitssiegeln sowie Multi-Stakeholder-Initiativen wie das Bündnis für nachhaltige Textilien des deutschen Entwicklungsministers Gerd Müller auch in anderen G7-Staaten zu schaffen.

Germanwatch begrüßt, dass die Bundesregierung das Thema vehement auf die G7-Agenda gesetzt hat. Unzureichend ist aber, dass sie generell auf das Prinzip der Freiwilligkeit setzt. Damit bleibt sie hinter den Debatten auf internationaler Ebene und in anderen Ländern zurück. Staaten haben die Pflicht sicherzustellen, dass Unternehmen die Menschenrechte respektieren. Diese Schutzpflicht schließt auch gesetzliche Rahmenseetzungen und Regulierungen mit ein. Wichtig wäre dies beispielsweise beim sogenannten „Vision Zero“-Fonds, der weltweit Arbeitsunfälle in Lieferketten perspektivisch



Verbindliche Standards können sozial und ökologisch vorbildlich wirtschaftenden Unternehmen einen Wettbewerbsvorteil bringen.

„auf null“ reduzieren soll. Eine gute Idee, insbesondere wenn eine internationale Organisation ihn trägt und er effektiv ausgestaltet wird. Momentan ist aber vorgesehen, Unternehmen freiwillig einzahlen zu lassen. Viele Unternehmen fragen sich, warum sie dem nachkommen

sollten. Derzeit könnten sie das Geld effektiver in das eigene Lieferkettenmanagement stecken.

Es greift auch zu kurz, Transparenz allein über Verbraucherportale zu Nachhaltigkeitssiegeln herstellen zu wollen. Gesetzliche Transparenzvorgaben und das Einhalten menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten in Lieferketten sind eine Mindestvoraussetzung. Viele Vorreiterunternehmen drängen auf verbindliche soziale und ökologische Mindeststandards, damit sich nicht andere Unternehmen durch Sozial- und Umweltdumping unfaire Wettbewerbsvorteile verschaffen.

„Wir wollen der Globalisierung ein menschliches Gesicht geben“, sagte Bundeskanzlerin Merkel in ihrer Rede zum G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm. Acht Jahre später könnte Deutschland einige wichtige Schritte in diese Richtung durchsetzen.

Johanna Kusch

Stellungnahme zum G7-Thema „Standards in Handels- und Lieferketten“ des CorA-Netzwerks für Unternehmensverantwortung und des Forums Menschenrechte:

www.kurzlink.de/G7-StellungnahmeCorA

Ein Signal der G7 für ambitionierte globale Nachhaltigkeitsziele?

Im September 2015 werden die Staats- und Regierungschefs aller UN-Mitgliedsstaaten in New York zusammenkommen, um die sogenannte Post-2015-Agenda zu verabschieden. Kernstück sind die Sustainable Development Goals (SDG), die zu einer Leitschnur für wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung weltweit werden sollen. Anders als die im Jahre 2000 verabredeten Millennium Development Goals (MDG), die den Schwerpunkt auf die Entwicklungsländer legten, gelten sie für alle Länder gleichermaßen, egal ob Entwicklungsland, Schwellenland oder Industrieland. Globale Gerechtigkeit soll allen Menschen ein gutes Leben in den ökologischen Grenzen des Planeten ermöglichen.

Die bis Juli 2014 im bislang breitesten Konsultationsprozess der Vereinten Nationen entwickelten 17 Nachhaltigkeitsziele und 169 Unterziele stehen im Zentrum der laufenden Verhandlungen der UN-Mitgliedsstaaten. Zudem geht es auch darum, wie die Ziele messbar und überprüfbar gemacht werden können oder mit welchen Kernbotschaften die Agenda kommuniziert werden soll. Mitte Juli verhandelt die Staatengemeinschaft in Addis Abeba außerdem über die Finanzierung der notwendigen Maßnahmen zur Umsetzung der Ziele.

Ein Durchbruch beim Klimagipfel im Dezember in Paris ist ohne einen erfolgreichen SDG-Gipfel im September nicht möglich. Germanwatch

fordert die Bundesregierung auf, im Rahmen der G7-Präsidentschaft deutlich zu machen, dass es keinen Rückfall hinter das derzeitige Ambitionsniveau der Ziele geben darf. Die G7 sollte die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung zuhause und die Bereitschaft für finanzielle Unterstützung der armen Länder zusagen. Nur so kann es gelingen, extreme Armut bis 2030 zu bekämpfen. Die Menschenrechte und die ökologischen Grenzen des Planeten sollten dafür der Maßstab sein. Wir sind die erste Generation, die extreme Armut beenden, und die letzte Generation, die die gefährlichsten Konsequenzen des Klimawandels vermeiden kann.

Susan Weide

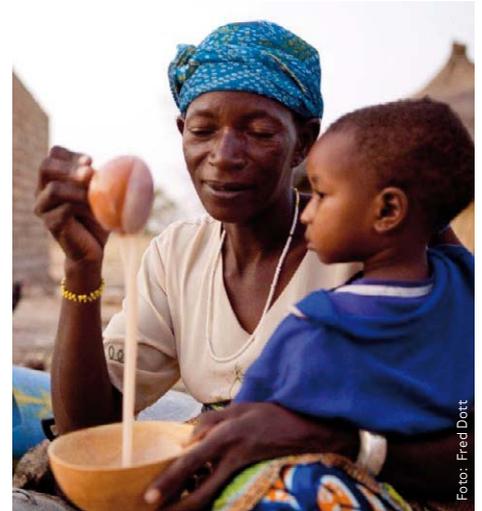
Die G7 und der Welthunger

Bis vor einigen Wochen tauchten die Themen Welternährung und Landwirtschaft auf der offiziellen G7-Agenda für den Gipfel auf Schloss Elmau nicht auf. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) versucht nun doch noch ein „starkes langfristiges Ziel“ der G7 zur Hungerbekämpfung zu verankern. Angesichts der großen Bedeutung des Themas für die im September zu beschließenden UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) und dem Gewicht, das die Initiative „Eine Welt ohne Hunger“ im BMZ hat, erscheint dies folgerichtig.

Die bisherige Bilanz der G7/G8-Initiativen zum Thema Hunger ist allerdings gemischt. Die G8-Initiative von L'Aquila 2008 hat immerhin einen Beitrag dazu geleistet, den langjährigen Trend zu sinkenden Entwicklungsausgaben für die Landwirtschaft umzukehren. Die 2012 beschlossene „New Alliance for Food Security and Nutrition“ wird dagegen von Zivilgesellschaft und Kleinbauernorganisationen weltweit mit größter Skepsis betrachtet. Durch ihren Schwerpunkt auf verbesserte „Rahmenbedingungen“ für Investitionen in die Landwirtschaft der Entwicklungsländer besteht die große Gefahr, dass dabei der Einfluss finanzstarker Investoren gegenüber der lokalen Bevölkerung weiter gestärkt wird – sei es beim Zugang zu Land oder dem Schutz von geistigen Eigentumsrechten für Saatgut.

Dass die Initiative des BMZ nicht direkt an diese „Neue Allianz“ anschließen will, ist daher zu begrüßen. Die vorgeschlagene „Erweiterte Agenda für Ernährungssicherung“ mit einem breiten Ansatz der ländlichen Entwicklung, nachhaltigeren Produktionsmethoden und der gezielten Unterstützung von mangelernährten Frauen und Kindern, wäre ein klarer Fortschritt. In den bisherigen Stellungnahmen des BMZ fehlen allerdings noch klare Bezüge zum Recht auf Nahrung und zu den Empfehlungen des UN-Komitees für Welternährungssicherung (CFS). An diesem sind neben Regierungen auch Kleinbäuerinnen und -bauern sowie zivilgesellschaftliche Gruppen beteiligt. Den wirkungsvollsten Beitrag zur Welternährung können die G7 leisten, wenn sie sich darauf konzentrieren, die Arbeit dieses internationalen Forums zum Thema effektiv zu unterstützen.

Tobias Reichert



Etwa ein Drittel der Menschen in Entwicklungsländern ist von Mangelernährung betroffen.

AKTION

Mail an Merkel: Für globale Gerechtigkeit!

2015 jagt ein Gipfel den nächsten im Terminkalender von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Im Juni findet auf ihre Einladung hin der G7-Gipfel in Deutschland statt. Weitere wegweisende Ereignisse sind der UN-Gipfel zu neuen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitszielen im September in New York und die Klimakonferenz im Dezember in Paris. Wird sie ihre Chance nutzen, unsere Welt einen Schritt weiter Richtung Gerechtigkeit zu bringen? Wofür wird sie sich einsetzen?



Schreiben Sie ihr, was Ihnen wichtig ist: Globale Gerechtigkeit!

Wir brauchen endlich Antworten auf die drängenden Probleme wie Klimawandel, Ernährungskrise, menschenunwürdige Arbeitsbedingungen, Konflikte um Ressourcen und mangelnde Bildung.

[www.deine-stimme-gegen-armut.de/
aktiv-werden/mailanmerkel.html](http://www.deine-stimme-gegen-armut.de/aktiv-werden/mailanmerkel.html)

Germanwatch ist Mitzeichner und Unterstützer der Kampagne.

Abos und neue Germanwatch-Publikationen

- Kostenloses Abo: Die Germanwatch-Zeitung „Weitblick“ per Post (vierteljährlich).
www.germanwatch.org/de/weitblick
- Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter Germanwatch-Kurznachrichten (alle sechs Wochen)
www.germanwatch.org/de/abos-bestellen
- Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter KlimaKompakt (1 bis 2 Aussendungen pro Monat), mit aktuellen Berichten zum Klimaschutz.
www.germanwatch.org/de/klimakompakt
- _____ Exemplare dieser Zeitungsausgabe. Kostenlos.
www.germanwatch.org/de/weitblick
- ➔ Germanwatch und das Verursacherprinzip im Klimaschutz: Der Fall Huaraz. Hintergründe und Erläuterungen. Nur als Download. www.germanwatch.org/de/10036
- ➔ Das BMWi-Eckpunktepapier „Strommarkt“ und das neue Klimaschutzinstrument. Eine zusammenfassende Bewertung von WWF und Germanwatch. Nur als Download. www.germanwatch.org/de/10151
- ➔ Kurzstudie: Klima oder Kohle? Reduktion des Kohlestroms zur Erreichung des deutschen 40 %-Klimaschutzziels bis 2020. Nur als Download. www.germanwatch.org/de/9435
- Handbuch: Beteiligung und Transparenz bei der Stromnetzplanung. Handlungsempfehlungen vom BESTGRID-Projekt. 5 Euro.
www.germanwatch.org/de/10149
- Unterrichtsmaterial: Folgen der Globalisierung am Beispiel Handy inkl. Online-Spiel „Handy Crash“ und DVD. 8 Euro. www.germanwatch.org/de/2573
- Klimaschutz-Index 2015. Deutsche Zusammenfassung nur als Download, englische Fassung bestellbar, 5 Euro.
www.germanwatch.org/en/9472

Die oben aufgeführten Publikationen können Sie im Internet kostenlos herunterladen oder zum angegebenen Preis bestellen, zzgl. 2 Euro Versandkostenpauschale.

Mitglieder, Förderer und Zustifter der Stiftung Zukunftsfähigkeit erhalten die Publikationen zum halben Preis.

Der Versand erfolgt gegen Rechnung, alternativ bitte den fälligen Betrag in Briefmarken beilegen. Bestellung: versand@germanwatch.org, Tel. (0228) 60492-0, Fax (0228) 60492-19, oder per Post an Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn.

www.germanwatch.org/de/publikationen

Name

Vorname

Evtl. Organisation/Firma

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Tel./Fax

E-Mail

Wer wir sind – was wir wollen

Ziele von Germanwatch

Germanwatch ist eine gemeinnützige und unabhängige Umwelt- und Entwicklungsorganisation. Wir engagieren uns seit 1991 für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen. Klimaschutz und Anpassung, Welternährung, Unternehmensverantwortung, Bildung für Nachhaltige Entwicklung sowie Finanzierung für Klima und Entwicklung / Ernährung sind unsere Themen.

Bei unseren Tätigkeiten konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unserer Arbeit. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderern und mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.

Gezielter Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen sind zentrale Elemente unserer Arbeitsweise. Dabei sind wir mit Organisationen sowie Einzelpersonen aus dem Süden und mit Entwicklungs- und Umweltorganisationen weltweit eng vernetzt.

Germanwatch lebt von der Unterstützung seiner Mitglieder und Förderer. Machen Sie mit! Vielen Dank!

Kontakt

Berlin: Germanwatch e.V., Stresemannstr. 72, 10963 Berlin
Tel. (030) 2888 356-0, Fax (030) 2888 356-1

Bonn: Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn
Tel. (0228) 604 92-0, Fax (0228) 604 92-19

Internet: www.germanwatch.org,
E-Mail: info@germanwatch.org

Spenden

Bank für Sozialwirtschaft Berlin
IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00
BIC / Swift: BFSWDE33BER

Impressum

Herausgeber: Germanwatch e.V., Redaktion: Dörte Bernhardt (V.i.S.d.P.), Daniela Baum, Klaus Milke, Gerold Kier.
Stand: Juni 2015. Layout: Dietmar Putscher, Köln.
Auflage 100.000.

Gedruckt auf Recyclingpapier mit umweltfreundlichen Druckfarben auf Basis nachwachsender Rohstoffe.

Gefördert von der Stiftung Mercator.

STIFTUNG
MERCATOR

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei Germanwatch.

Termine

■ **Stuttgart, 03.-07.06.15:** Evangelischer Kirchentag mit einem Germanwatch-Infostand und Programmbeiträgen von Christoph Bals, Tobias Reichert und Tilman Santarius. Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/9957

■ **Bonn, 09.06.15, 9:30 Uhr:** Vortrag „Ist der Klimawandel noch zu bremsen?“, von Stefan Rostock. Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/9895

■ **Berlin, 16.06.15, 16:00 Uhr:** Forum „Berlin entwickeln – Wie werden Bezirke zum Schrittmacher für globale Nachhaltigkeit?“ mit Julia Otten. Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/10214

Ja, ich unterstütze Germanwatch...

- Ich spende an Germanwatch einmalig den Betrag von _____ € per Lastschrift.
- Ich werde Fördermitglied von Germanwatch und zahle
 monatlich halbjährlich jährlich
 den Betrag von _____ € (Mindestbeitrag: 5 € monatlich / 30 € halbjährlich / 60 € jährlich).

Ich bin damit einverstanden, dass Germanwatch diesen Betrag von meinem Konto abbucht.

Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit kündigen. Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist mein kontoführendes Kreditinstitut nicht verpflichtet, den Betrag einzulösen.

Konto-Nr.

Geldinstitut

BLZ

Datum

Unterschrift

Name

Vorname

Straße / Nr.

PLZ/Ort

Tel.

E-Mail

Bitte einsenden an:
Germanwatch e.V., Stresemannstr. 72, 10963 Berlin

Sie können auch per Überweisung spenden (Bankverbindung siehe Impressum).

Ihre Spende ist steuerabzugsfähig. Anfang des kommenden Jahres erhalten Sie ab einer Spende von 25 € automatisch eine Spendenquittung. Bei Beträgen darunter legen Sie Ihrer Steuererklärung einfach den Kontoauszug bei.